

**Thema: Nennungen UKSH**

05.06.2010 | Kieler Nachrichten

**Kieler Nachrichten**

Medienart: Print  
Ressort: Schleswig-Holstein  
Seitenstart: 16

Autor: std,  
Auflagen: 113.947  
Verbreitung: 107.113

Erscheinungsweise: Mo-Sa

## Aus für Uni Lübeck denkbar? Internes Papier listet die Risiken der Sparbeschlüsse auf - Ohne Medizin nicht lebensfähig

**Kiel/Lübeck. Hat Schwarz-Gelb versucht, die Lübecker zu täuschen? Anders als bisher behauptet hat die Haushaltsstrukturkommission offenbar auch ein Ende der Lübecker Uni einkalkuliert. Sie sei ohne Medizin nicht lebensfähig, heißt es in einem internen Papier.**

Es sind nur vier von insgesamt 1500 Seiten. Doch in Lübeck lösten sie gestern einen wahren Proteststurm aus. Das Papier, das die schwarz-gelbe Kommission als Grundlage für ihre Beratungen aus dem Wissenschaftsministerium angefordert hatte, listet fein säuberlich auf, welche Einsparvorschläge es gibt, welche finanziellen Auswirkungen sie hätten und welche Risiken bestehen. Für ein Ende der Lübecker Mediziner-Ausbildung spreche demnach, dass der Campus Lübeck des **Uni-Klinikums** "leichter zu veräußern ist als der Campus Kiel". Ein Grund: Der bauliche Zustand sei deutlich besser als in Kiel. In der Rubrik Risiken heißt es: "Die **Universität zu Lübeck** ist nach Schließung des Fachbereichs Medizin in Lübeck nicht mehr überlebensfähig." Die übrigen Studiengänge der Technisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät bedürften des Inputs der Medizin. In Gefahr ist demnach auch die vom Land geförderte Fraunhofer-Projektgruppe. Sie könnte "ihre Arbeit nicht fortführen".

Die Kritiker sehen damit alle Befürchtungen bestätigt und fühlen sich zugleich getäuscht. In den späteren "Empfehlungen" steht von ei-

nem Risiko kein Wort. Dort heißt es: Das Profil der Lübecker Uni werde im mathematisch-naturwissenschaftlichen sowie im medizintechnischen Bereich "durch Verbindung mit dem geplanten Fraunhofer-Institut für marine Biotechnologie gestärkt".

Finanzminister Rainer Wiegard, der den Vorsitz in der Kommission führte, versuchte gestern, die Gemüter zu beruhigen. "Risikoeinschätzungen beinhalten immer auch ein Worst-Case-Szenario. Dieses als Fakt darzustellen, spiegelt nicht die Realität wieder." Wissenschaftsminister Jost de Jager äußerte sich ähnlich. Das fragliche Papier stamme aus einer "sehr frühen Phase" der Beratungen. "Wir hatten den Auftrag, auch den schlimmsten denkbaren Fall zu beschreiben." Gerade um den zu vermeiden, sei ein Überleitungskonzept erarbeitet worden. Die Medizintechnik werde gestärkt, und alle Schnittstellen bleiben erhalten, sicherte er zu. In der Frage, ob die geplante Ansiedlung eines zweiten Fraunhofer-Instituts in Gefahr sei, blieb der Minister bei seiner Antwort. Es gebe keine Anzeichen dafür, "dass Fraunhofer nicht kommt".

Die Opposition gab sich damit nicht zufrieden. Die Landesregierung müsse der Öffentlichkeit "endlich reinen Wein einschenken", forderte der SPD-Hochschulpolitiker Martin Habersaat. Der Grünen-Fraktionschef Robert Habeck sprach von einem "unglaublichen Vor-

gang". Der AStA der Lübeck Uni forderte den sofortigen Rücktritt von de Jager, Wiegard und anderen Mitgliedern der Kommission. Der Kieler AStA kritisierte eine "dreiste Lüge" und sagte zu, die Demo der Lübecker am 16. Juni in Kiel zu unterstützen.

Auch in den schwarz-gelben Reihen regt sich Widerstand gegen das Sparpaket. "Es soll keiner mit Sicherheit davon ausgehen, dass ich dem uneingeschränkt zustimme", erklärte der Lübecker FDP-Abgeordnete Gerrit Koch. Da Schwarz-Gelb im Landtag nur eine Stimme Mehrheit hat, könnte er eine Schlüsselrolle einnehmen. Zuvor war bereits die Junge Union auf Distanz zum geplanten Ende des Medizin-Studiums gegangen. Rasmus Vöge, JU-Chef und stellvertretender Landesvorsitzender, hatte "Diskussionsbedarf" angemeldet.

Deutliche Worte fand auch die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, Margret Wintermantel: "Aus meiner Sicht ist diese Entscheidung ein falscher Schritt mit weitreichenden Konsequenzen - nicht nur für die Universität Lübeck, sondern für Schleswig-Holstein und die Bundesrepublik Deutschland insgesamt", schreibt sie an Ministerpräsident Peter Harry Carstensen. Angesichts ohnehin geringer Kapazitäten für die Mediziner Ausbildung erscheine die Einstellung des Studiengangs "unverantwortlich".